

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerscheit: Tageblatt Riefa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
States der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1330
Circulose Riefa Nr. 52.

Nr. 178.

Montag, 3. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 40 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Text 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Ständige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Postanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riefa. Verantwortlich für Redaktion: F. W. H. Teichwäber, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riefa.

Deutscher Reichstag.

(Schlußbericht.)

abg. Berlin, 1. August 1925.

Nach der vom Vizepräsidenten abgehaltenen Sitzung eröffnet Präsident Loebe die Sitzung wiederum um 3 Uhr 50 Min. nachm. und teilt mit, daß über die letzten Vorlagen entschieden werden wird, wenn die ordnungsgemäße Beschaffung der Kommunisten vorliegt.

Abg. Stöcker (Komm.) erhebt scharfe Vorwürfe gegen das Verhalten des Vizepräsidenten Graef. Inzwischen habe sich nur in Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten befunden und weshalb Höllein ausgeschlossen worden sei, wisse bis zur Stunde kein Mensch. (Lachen bei den Regierungsparteien.) Der Ausschluß Hölleins, dieses ersten Sozialisten auf dem Steuergebiete (große Heiterkeit), sei eine neue Provokation. Der Redner schließt mit der Drohung, die kommunistische Fraktion werde sich das nicht bieten lassen. Sie werde einen Mißtrauensantrag gegen den Vizepräsidenten Graef einbringen.

Darauf wird die

Steuerberatung

fortgesetzt, und zwar bei den Verkehrssteuern.

Abg. Gerk (Soz.) nennt die Vorlage des Kernstück der Reform. Er lehnt sie ab. Der Redner gibt Beispiele über Steuerhinterziehungen. So seien in einem Bezirk 163 000 Mark nur 35 000 Mark zu verzeichnen. Vermögen angegeben worden, in einem anderen Falle 233 000 Mark 116 000 und 200 000 statt 3 100 000. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Poppi erklärt, daß kein Mittel unverändert gelassen werde, was Erfolg verspreche, um Steuerhinterziehungen zu unterbinden. Es werde rücksichtslos durchgegriffen. In dem ökonomischen Aufbruch sei nicht gefordert worden, keine Steuern zu zahlen, sondern Stundungsgesuche einzureichen, was ja nicht verboten werden kann. Die Offenlegung der Steuerlisten würde zu einer politischen Verheerung führen.

Abg. Roenen wirft dem Finanzminister Steuerräumererei vor und wird vom Präsidenten gerügt. Der Redner teilt die Umfassener grundrisslich ab und hält den Sozialdemokraten vor, sie würden mit ihrer Steuerpolitik vor die Hunde gehen und die Kommunisten würden die schandenden Erben sein.

Abg. Dr. Gerk (Dem.) beantragt, die Umsatzsteuer, die der Auslandskauf 1,25 Prozent schenkt hat, auf 1 Prozent zu ermäßigen. Der Redner tritt für Befehligung der Zugabe ein.

Staatssekretär Poppi gibt zu, daß wertvolle Qualitätsarbeit schonend behandelt werden müsse.

Reichsfinanzminister v. Schöcker weist Anträge des Abg. Roenen (Komm.) gegen den Staatssekretär Poppi mit aller Entschiedenheit zurück. Es sei unerhörte, dem Staatssekretär vorzuwerfen, er vertrete gewisse Interessentengruppen. Es handele sich hier um ein gewaltiges Gebührensverhältnis, über das hierüber die Geschichte später ein gutes Urteil fällen werde.

Abg. Heber (Völk.) protestiert gegen die Steuererleichterungen für ausländisches Kapital.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich, Montag 10 Uhr: Weiterberatung. Schluß nach 7 Uhr.

Die Sicherheitsfrage.

London. „Observer“ schreibt zur Sicherheitsfrage: Chamberlain hält an dem Gedanken des Sicherheitspaktes fest. Aber es wird eines vorzuziehenden und geschickten Steuerns bedürfen, um den Pakt in den Hafen zu bringen. Auf dem Wege des schriftlichen Meinungsaustausches wird die Sicherheitsfrage niemals gelöst werden können. Denn während Chamberlain für die Methode der persönlichen Aussprache ist, widersteht sich Briand den diesbezüglichen deutschen Wünschen vor dem Zustandekommen eines französisch-britischen Übereinkommens. Im übrigen wird niemals die Zustimmung Englands oder Deutschlands zu einem Pakt gewonnen werden, der Frankreich ermöglichen würde, im Interesse seiner östlichen Bündnisse ohne Ermächtigung des Völkerbundes in Deutschland einzumarschieren. Außerdem muß der Artikel 19 der Völkerbundscharta, der ausdrücklich die von den Franzosen noch immer zurückgewiesene Möglichkeit einer Revision der Friedensverträge vorsieht, genau als das genommen werden, was er bedeutet. Es ist besonders betriebligend, daß auch Vandervelde auf diesem Standpunkt steht, daß also die britische Ansicht sich mit der belgischen zu decken scheint. Das Blatt kommt dann auf die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu sprechen, erinnert an die kirchliche Ausrufung des Obersten Haupte, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes sicherer und härter sein würde, als wenn es außerhalb desselben stünde, und schließt: Wenn Deutschland einmal dem Völkerbund beigetreten ist, so wird es keine Schwierigkeiten haben, seine Beziehungen zu Ausland ebenso günstig zu erhalten, wie sie augenblicklich sind. Im Gegenteil müßte das wirkliche Ziel der deutschen Politik sein, daß auch Ausland in den Völkerbund gebracht wird, was eines der wünschenswertesten Dinge ist.

Die französische Kriegsschuld und die Sicherheitsfrage.

Während der Pariser Berichterstatter der „Sunday Times“ nach scharfer Kritik der Angriffe Caillaux' in der „Re Nouvelle“ auf das britische Schahamt den für die nächsten Tage angekündigten Besuch Caillaux' und Briands

Der deutsch-polnische Ausweisungstrieß.

Die Ausweisung der polnischen Optanten.

Berlin. Die deutschen Gegenmaßnahmen gegen die von Polen verhängten Ausweisungen der deutschen Optanten haben nunmehr mit dem von vornherein angekündigten Nachdruck begonnen. In der Nacht zum Sonntag waren bereits gegen 1200 polnische Optanten von den Polizeibehörden ergriffen und zum Sammelpunkt der Ausweisungsbüros transportiert worden. In der Durchführung der Maßnahmen sind alle maßgebenden Stellen des preussischen Innenministeriums beteiligt, die besonders darüber zu machen haben, daß unnötige Härten vermieden werden und die davon Betroffenen nach Möglichkeit schonend behandelt werden. Man nimmt an, daß bis zum Montag etwa 2500 polnische Optanten über die Grenze geschafft werden, da die deutschen Maßnahmen sich gegen genau soviele Polen richten werden, als umgekehrt von den polnischen Ausweisungen deutsche Optanten getroffen wurden.

Der deutsche Gesandte in Warschau auf Urlaub.

Wie der Montagmorgen aus Warschau berichtet, erregt es in der deutschen Kolonie großes Aufsehen, daß der deutsche Gesandte Ulrich Rauwiler seit Wochen auf Urlaub ist, gerade in diesen Tagen einer Ausweisung von tausenden Deutscher aus Polen.

Aus dem Schneidemühlener Optantenlager.

Schneidemühl. Der Zutrom der aus Polen ausgewiesenen Optanten hat in der Nacht vom Sonntag zum Montag erheblich abgenommen. Während noch im Laufe des Sonnabends etwa 1000 Ankömmlinge gebracht wurden, trafen während der Nacht und auch gestern vormittag nur wenige hundert ein. Von der Optantenvermittlungsstelle wird weiterhin Preisermäßigungen über die angeblich traurigen Zustände im Schneidemühlener Durchgangslager entgegengetreten und insbesondere erklärt, daß die Behauptungen von zahlreichen Todesfällen und dem Ausbruch von Epidemien jeder Grundlage entbehren. Bisher seien 5 Kinder gestorben. An Erkrankungsfällen seien lediglich einige Ruhr- und Darmruhrfälle sowie 12 Malariafälle festgestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich zeitweise etwa 6 bis 7000 Personen im Lager befanden. Gestern mittag ist das Lager vom Oberpräsidenten v. Bismarck besichtigt worden. Man erwartet abends den preussischen Innenminister Seeger und Ministerialdirektor Dr. Raibeman aus Berlin, deren Besuch bereits angekündigt wurde. Deutscherseits ist man über den Umfang der weiteren Ausweisungen völlig im unklaren, da die polnische Regierung kein Material über den Umfang der Ausweisungen veröffentlicht hat. Viele der Flüchtlinge gehen auch über die Grenze nach Dänemark und werden erst später durch das hiesige Durchgangslager weiter auf die östlichen Provinzen Preußens verteilt.

Die Fürsorge für die vertriebenen Optanten.

Das Reichsarbeitsministerium und die Reichsarbeitsverwaltung haben bereits vor Monaten mit dem Reichsinnenministerium und mit den zuständigen Ministerien der Länder, denen die allgemeine Fürsorge für die Optanten obliegt, Vorbereitungen getroffen, um deutschen Optanten, die aus Polen vertrieben werden, so schnell wie möglich Arbeitsstellen zu beschaffen. Es sind erhebliche Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Bau von Landarbeiterwohnungen für Optanten bereit gestellt, um die Unter-

bringung verdrängter Landarbeiterfamilien in der Landwirtschaft zu ermöglichen. Den Arbeitsnachweisämtern hat das Reich besondere Mittel zur Verfügung gestellt, um in ihren Bezirken die Optanten in Arbeitsstellen zu vermitteln. In Schneidemühl ist schon im April dieses Jahres unter besonderer fachkundiger Leitung eine eigene Optanten-Vermittlungsstelle eingerichtet worden. Bis Ende Juli hat diese Vermittlungsstelle einschließlich der Familienangehörigen bereits 4000 Personen Arbeit verschafft. Zur Zeit werden die ledigen Optanten noch am Tage ihres Eintreffens weiter geleitet. Die Verheirateten müssen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Wohnungsbeschaffung gegenwärtig meist zwei Wochen im Lager verbleiben, bis ihnen Arbeit vermittelt werden kann. In letzter Zeit ist das Personal der Vermittlungsstelle erheblich verhärtet, so daß sie auch dem gegenwärtigen starken Andrang genügt. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung hat sich am Sonnabend persönlich zur Arbeitsvermittlungsstelle Schneidemühl begeben.

Wie die deutschen Optanten in Polen schikaniert wurden.

Schneidemühl. Der Sonderberichterstatter der Zeitung hatte wiederholt Gelegenheit, mit einzelnen der aus Polen ausgewiesenen Optanten über ihre Erlebnisse während der Abfahrt aus Polen zu sprechen. Schon Wochen vor der Ausweisung wurden die deutschen Optanten auf das härteste bewacht. In Stadt und Land war neben starken Polizeiaufgeboten viel Militär stationiert. Die sanftmütige Seele und die Wit gegen die Deutschen kannte keine Grenzen. Die polnischen Geschäftsleute weigerten sich vielfach, an Deutsche Waren abzugeben. Deutsche Landarbeiter wurden durch allerlei Bedrückungen von ihren Arbeitsstätten vertrieben. Dafür wurden gallische Arbeiter eingestellt, die fast immer für die kälteste Bezahlung arbeiteten. Die polnischen Behörden taten das ihrige, den Optanten den Abschied von der Heimat zu erschweren. Unerträgliche Steuern zwangen viele dazu, daß und Gut zu verschleudern. Der Abtransport der Optanten wurde in der rigorosesten Weise durchgeführt. Männer, Frauen und Kinder wurden in schon überfüllte Abteile hineingedrängt. Auf schwangere Frauen, junge Mütter und Kranke wurde keine Rücksicht genommen, während der Fahrt wurden die Flüchtlinge von dem polnischen Inspersonal, das sich über die Not und das Elend lustig machte, in gemeiner Weise beschimpft und behandelt. Die Lage der Optanten im Durchgangslager in Schneidemühl, möge es auch nicht angenehm sein, ist im Vergleich zu den letzten Tagen in Polen wohl zu nennen.

Giltigkeit der Optanten an den Reichspräsidenten.

Schneidemühl. Die in den Flüchtlingslagern untergebrachten deutschen Ausgewiesenen haben an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung folgende Drangsal gerichtet: „Viele hundert deutsche Optanten, durch polnische Willkürherrschaft von Haus und Hof vertrieben, erheben gegen die menschenunwürdige Behandlung, die ihnen zuteil geworden ist, klammernden Protest und bitten den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung, die unhaltbare Lage der Flüchtlinge mit allen Mitteln zu bessern, scharfe Gegenmaßnahmen gegen die in Deutschland befindlichen Polen durchzuführen, insbesondere die gleiche Anzahl Polen unter genau denselben Bedingungen sofort aus Deutschland auszuweisen.“

Der englischen Regierung überreichten Memorandum zu der deutschen Antwortnote das Recht Deutschlands, vertragliche Änderungen herbeizuführen, anerkannt hat.

Die belgische Regierung ist sich angeichts der Aufregung, die sich eines Teiles der französischen Öffentlichkeit aus diesem Anlaß bemächtigt hat, zu einer Rechtfertigung veranlaßt, in der es heißt, viele deutschen Meinungen seien mit großem Vorbehalt auszunehmen. Man könne indessen nicht umhin, festzustellen, daß man Deutschland nicht für alle Ewigkeit verwehren darf, eine Revision der Verträge entsprechend Artikel 19 des Völkerbundesvertrages zu beantragen, denn es liegt auf der Hand, daß die deutsche Öffentlichkeit auf die Möglichkeit von vertraglichen Änderungen bei einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinweisen werde. — Es ist beachtenswert, daß der vorstehende amtliche Bericht der belgischen Telegraphen-Agentur kein formelles Dementi darstellt.

Vorführung der deutsch-russischen Verhandlungen.

Berlin. Wie wir hören, wird der Meinungsaustausch zwischen der deutschen Regierung und der russischen Sowjetregierung über die Sicherheits- und Völkerbundsfrage fortgesetzt werden, sobald die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten in ein entscheidendes Stadium geraten. Deutscherseits kommt man den russischen Wünschen auf gegenseitige Erörterungen desfalls entgegen, weil es von größter Wichtigkeit ist, daß die deutsche Neutralität im Falle eines eventuellen künftigen russisch-polnischen Konfliktes streng respektiert wird. Die russische Sowjetregierung hat nämlich kürzlich der Reichsregierung mitteilen lassen, daß Russland sich gezwungen sehen könnte, Deutschland den Krieg zu erklären für den Fall, daß Truppen der Weimärei in das Gebiet einmarschieren, um in einem russisch-polnischen Krieg gegen Russland zu kämpfen.

Belgien und der Revisionartikel des Völkerbundesvertrages.

Paris. Beträchtliches Aufsehen haben hier Berl. Meldungen erregt, wonach die belgische Regierung in ihrem